



Für ein
soziales Niedersachsen
ohne neue Schulden

Vorschläge
für den
Landeshaushalt
2011

DIE LINKE.

Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Für ein soziales Niedersachsen ohne neue Schulden



Liebe Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen,

Niedersachsen mit seinen Städten und Dörfern zwischen der Nordseeküste und den Bergen des Harzes ist unser Zuhause. Aber in unsere Häuser ist Unsicherheit und Zukunftsangst eingezogen. Viele von uns, die früher unbefristete Arbeitsstellen hatten, haben jetzt nur einen befristeten Vertrag; viele arbeiten in Leiharbeit oder sind arbeitslos. Der Satz „Unsere Kinder werden es einmal besser haben“ ist immer seltener zu hören. Gleichzeitig bedienen sich Banken und große Konzerne an unseren Steuergeldern. Für sie gibt es Rettungsschirme, für uns nicht. Warum ist das so? Weil die Finanzhaie Verbündete in der Politik haben: David McAllister und Jörg Bode und ihre Parteien der sozialen Kälte, CDU und FDP.



Sie machen Gesetze, die den Reichen nützen und den Gemeinden in Niedersachsen finanziell den Hahn zudrehen. Sie verkaufen Wälder, wertvolle Flurstücke und wollen sogar Gefängnisse durch Privatunternehmer betreiben lassen.



Sie verweigern sich der Vermögenssteuer, einer Großerbensteuer und einer Abschöpfung der Gewinne florierender Großunternehmen. Gleichzeitig stimmen sie mit Hinweis auf angeblich fehlendes Geld alle Anträge nieder, unseren Schulkindern täglich einen Apfel und einen Viertelliter Milch zukommen zu lassen.

Wir wollen – wie das Titelblatt dieser Broschüre zeigt – den Erhalt unserer Heimat und die Unterstützung unserer Kinder, egal wie dick der Geldbeutel der Eltern ist.

Unsere Fraktion hat im Wendland auf den Gleisen gesessen, um zu verhindern, dass Niedersachsen das Atomklo Europas

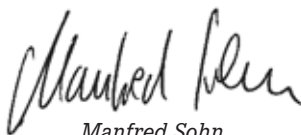
wird. Wir haben mitgemacht bei den Aktionen der Gewerkschaften gegen Sozialabbau und Leiharbeit. Wir sammeln weiter Unterschriften für das Volksbegehren für bessere Schulen.

So wie draußen streiten wir auch im Landtag für dieses Niedersachsen. Politik kommt am klarsten in Haushaltsplänen zum Ausdruck. Die vorliegende Broschüre fasst unsere durchgerechneten Alternativen zum Haushaltsentwurf der Regierung zusammen. Gerne schicken wir Ihnen auf Anfrage auch die insgesamt über 170 Änderungsanträge zu, die wir im Parlament gestellt haben.

Wir lassen nicht locker. Gemeinsam mit Ihnen und Euch werden wir es schaffen, die Stimme der sozialen Gerechtigkeit in unseren Städten und Dörfern stärker werden zu lassen.



Kreszentia Flauger
Fraktionsvorsitzende



Manfred Sohn
Haushaltspolitischer Sprecher

Zur Einleitung: Der Haushaltsentwurf der Regierung und seine Mängel

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung und die Änderungsanträge der Regierungskoalition gehen an den Problemen des Landes vorbei. Der CDU/FDP-Koalition ist es abermals nicht gelungen, einen Landeshaushalt vorzulegen, der die angestauten Probleme in den Schlüsselfeldern der Landespolitik lösen könnte – Bildung und Wissenschaft, Soziales und Gesundheit, die Förderung des Arbeitsmarktes und der Umwelt- und Klimaschutz kommen mit diesem Haushalt nicht voran.

Der wirtschaftliche Rahmen der Landesfinanzen wird von der gegenwärtigen Konjunkturbelebung und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2010 um voraussichtlich 3,4 Prozent anwachsen. Für das Jahr 2011 prognostiziert die Bundesregierung eine Steigerung um 1,8 Prozent.

Der Landeshaushalt ist dennoch weiterhin stark von den Einnahmeeinbrüchen durch die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Nach wie vor birgt die wirtschaftliche Entwicklung auch in Niedersachsen nicht zu unterschätzende Risiken. Gefahren ergeben sich vor allem angesichts der schleppenden Erholung in den Vereinigten Staaten, die zu einer neuen Depression mit entsprechend negativen Folgen für die Weltwirtschaft führen kann. Aber auch die anhaltende Krise des Euros, die ihre Ursache wiederum in der massiv gestiegenen Verschuldung öffentlicher Haushalte in mehreren Euro-Staaten hat, ist für die Konjunktur in Deutschland gefährlich.

Die Krise ist also noch nicht ausgestanden; daher sind im Landeshaushalt Impulse für die Nachfragesteigerung geboten. Diese Notwendigkeit ignoriert jedoch die Landesregierung: Die öffentlichen Investitionen im Landeshaushalt sollen 2011 sogar zurückgefahren werden. Das zeigt sich etwa beim Hochbau, der im Vergleich zum Etatansatz 2010 um 30 Prozent gekürzt wird.

Obwohl sich viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen an der Grenze ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit befinden, unterlässt die Landesregierung dringend erforderliche Schritte für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen. Die kommunalen Kassenkredite in Niedersachsen sind auf über 4,5 Mrd. Euro angewachsen. Der sogenannte Zukunftsvertrag zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden in Niedersachsen, der jährlich bis zu 70 Mio. Euro für die Entlastung von kommunalen Kassenkrediten vorsieht, ist angesichts dessen nicht einmal mehr der Tropfen auf dem heißen Stein.

Der Haushalt 2011 weist nach wie vor keine aktive und präventiv wirkende Sozialpolitik aus. Die sogenannten freiwilligen Leistungen, an denen eine zukunftsweisende Sozialpolitik erkennbar würde, wurden von der Landesregierung auf nur noch 61 Mio. Euro zusammengekürzt – das sind weniger als 0,3 Prozent des Landeshaushaltes. Die Landesregierung nimmt empfindliche Kür-

zungen bei den Krankenhausinvestitionen und beim Kostenausgleich in der Behindertenhilfe vor. Es wird also weiter bei jenen gekürzt, die sich am wenigsten wehren können, und deren Mittel – im Sinne einer solidarischen Gesellschaft – eigentlich deutlich erhöht werden müssten.

Auch in der Kultuspolitik müsste dringend gehandelt werden. Der doppelte Abiturjahrgang verlässt 2011 die Gymnasien; bei der Ausbildung soll dennoch gespart werden. Das Ziel der Inklusion, also des gemeinsamen Unterrichts für behinderte und nichtbehinderte Kinder, wird nicht angepackt. Der Ansatz für die Lehrerfortbildung fällt hinter die Ausgaben früherer Jahre zurück; indirekte Schulgebühren durch Büchergeld und Schülertransport sollen dagegen weiter bestehen bleiben.

Die Zuweisungen des Landes an die Hochschulen verharren seit Jahren auf einem Niveau, mit dem nicht einmal die drängendsten Probleme in Lehre und Forschung bewältigt werden können. Die wegen des doppelten Abiturjahrgangs nochmals steigenden Anforderungen bleiben mit dieser Mittelausstattung auf der Strecke. In der Erwachsenenbildung erfolgen sogar Mittelkürzungen.

Der Haushaltsentwurf scheidet auch an den Herausforderungen der Umwelt- und Klimapolitik. Unsachgemäße Kürzungen treffen den Naturschutz, die Förderung des ökologischen Landbaus und die Regionalvermarktung. Ökologische und soziale Notwendigkeiten werden nicht miteinander verknüpft; ein Schulobst- und milchprogramm soll es erneut nicht geben.

Der Haushaltsentwurf für Inneres ist von dem Grundsatz „lustlos verwalten statt kreativ gestalten“ geprägt. Stiefmütterlich behandelt werden überfällige Stellenhebungen bei der Polizei oder die Personalausstattung beim Datenschutzbeauftragten. Unzureichend etatisiert ist auch die Bekämpfung von Neonazis, Rassismus und Antisemitismus.

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushaltsentwurf auch im Jahr 2011 den Weg in den Schuldenstaat fort. Die Nettokreditaufnahme wird nahezu 2 Mrd. Euro betragen. Schwarz-Gelb unterlässt es weiterhin, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für einen Ausgleich des Landeshaushaltes ohne neue Schulden einzusetzen – sprich für höhere Einnahmen durch stärkere Beteiligung der Reichen an den Kosten des Gemeinwesens. Ebenfalls ungenutzt bleiben die Chancen für dauerhafte Mehreinnahmen durch mehr Personal bei den Finanzämtern.

Die Landesregierung verletzt weiterhin den Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. In den Entwurf des Landeshaushaltes 2011 hat sie Erlöse aus der Veräußerung von Landesvermögen in Höhe von 580 Mio. Euro eingestellt. Darunter befinden sich Erlöse in Höhe von 18,5 Mio. Euro, die aus dem Verkauf von Landeswald an Private erzielt werden sollen – für DIE LINKE im Landtag eine völlig falsche Maßnahme. Der größte Teil der Vermögensveräußerungen betrifft allerdings Luftbuchungen in einem Umfang von mindestens 300 Mio. Euro, deren Realisierung in den Sternen steht.

Weil das Land im Jahr 2010 laut Steuerschätzung rund 915 Mio. Euro Steuern mehr einnimmt als erwartet und gleichzeitig 250 Mio. Euro weniger durch Vermögensveräußerungen einnimmt als geplant, muss es etwa 650 Mio. Euro weni-

ger Nettokredite aufnehmen als vorgesehen. Infolgedessen wird die im Haushalt 2010 verankerte Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,3 Mrd. Euro wohl nur mit 1,65 Mrd. Euro in Anspruch genommen werden müssen.

Trotz dieser Verschiebung weigerte sich die Landesregierung, für 2010 einen Nachtragshaushalt vorzulegen, wie auch von der Linksfraktion verlangt. Die nicht genutzten Kreditverpflichtungen von rund 650 Mio. Euro sollen stattdessen für die Aufstockung der „Allgemeinen Rücklage“ im Landeshaushalt verwendet werden. Daraus sollen dann vermutlich im Haushalt 2012 die schwarzen Wahlgeschenke für die kommende Landtagswahl finanziert werden.

Die Änderungsanträge, die die Koalitionsfraktionen zum Regierungsentwurf eingebracht haben, beinhalten – abgesehen von über 200 Mio. Euro mehr für den kommunalen Finanzausgleich – lediglich geringfügige Verbesserungen; die mangelnde Grundstruktur des Regierungsentwurfs verändern sie nicht. Die genannten Verbesserungen betreffen vor allem magere 10,5 Mio. Euro mehr für die Sanierung von Landesstraßen und den Neubau landeseigener Radwege.

Die Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag wird aus diesen Gründen sowohl den Regierungsentwurf zum Haushalt 2011 als auch die eingebrachten Änderungsanträge der CDU/FDP-Koalition ablehnen. Die Linksfraktion setzt stattdessen eigene Schwerpunkte für den Haushalt 2011 und dessen Finanzierung ohne neue Schulden. Sie bringt diesbezüglich 216 Änderungsanträge in den Niedersächsischen Landtag ein.

Vorschläge und Alternativen für den Landeshaushalt 2011

1. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Ein zweites beitragsfreies KiTa-Jahr einführen: + 70 Mio. Euro

Die Linksfraktion kämpft für gebührenfreie Bildungseinrichtungen. Die Einführung eines weiteren beitragsfreien KiTa-Jahres ist ein wichtiger Schritt zu diesem Ziel – und im Übrigen im Koalitionsvertrag von CDU und FDP versprochen. Ab 2012 soll dann auch das dritte KiTa-Jahr beitragsfrei sein. Die Kosten belaufen sich etwa auf 70 Mio. Euro.

Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung bekämpfen: + 112 Mio. Euro

Die Linksfraktion will sukzessive alle Barrieren in Bildungseinrichtungen abbauen und die vollständige Inklusion behinderter Kinder gewährleisten. In KiTas und in den Schulen muss dafür umgebaut werden, die Arbeitsbedingungen müssen verbessert und die Erziehenden bzw. Lehrenden fortgebildet werden, damit sie auf die gemeinsame Betreuung, Erziehung und Bildung vorbereitet sind. Für Investitionen in Köpfe und Beton verlangt die Linksfraktion zusätzliche 112 Mio. Euro.

Alle Arten von Schulgeld abschaffen: + 105 Mio. Euro

Zwar gibt es laut Gesetz kein Schulgeld, doch in der Realität wird dieses Verbot durch zahlreiche Ausnahmen unterlaufen. So müssen die SchülerInnen bzw. die Eltern für Sachmittel selbst aufkommen, für die Verpflegung in der Schulmensa, für Schulbücher (ausgenommen: Hartz-IV-EmpfängerInnen) und für den Schülertransport nach Klasse 10. Diese versteckten Schulgebühren, die sich im Monat leicht auf über 100 Euro summieren, sollen abgeschafft werden. Für das kommende Haushaltsjahr fordert DIE LINKE zusätzliche Landesmittel für die kostenfreie Mittagsverpflegung für Bedürftige (20 Mio. Euro), für einen Sachmittelfonds für arme Familien (5 Mio. Euro), für die Abschaffung des Büchergeldes (50 Mio. Euro) und für den kostenfreien Schülertransport auch nach Klasse 10 (30 Mio. Euro).

Einstellung von 60 zusätzlichen Schulpsychologinnen und -psychologen: + 3,5 Mio. Euro

Niedersachsen ist bundesweit Schlusslicht, was die Pro-Kopf-Versorgung mit SchulpsychologInnen angeht. Im bundesweiten Durchschnitt gibt es einen Psychologen für 12.000 Schüler; in Niedersachsen muss sich ein Psychologe um 26.000 Schüler kümmern. Die zusätzlichen 60 Stellen sind daher ein absolutes Muss. Die Ausgaben liegen bei 3,5 Mio. Euro.

Einstellung von 2.000 neuen Lehrkräften: + 100 Mio. Euro

Die Unterrichtsversorgung ist in zahlreichen Fächern nach wie vor mangelhaft. Eine Vertretungsreserve für vorübergehend abwesende LehrerInnen (etwa durch Krankheit, Fortbildung, Klassenfahrt) ist derzeit in keinem Fach vorhanden. Hinzu kommen große Klassen und hoher Leistungsdruck. Das Ergebnis sind gestresste Lehrkräfte und unzufriedene SchülerInnen. Als ersten Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in unseren Schulen brauchen wir 2.000 zusätzliche Lehrer. Wir wollen die Strategie der Landesregierung stoppen, den bestehenden Mehrbedarf vor allem zu Lasten der bereits Beschäftigten zu decken. Die Kosten dafür betragen etwa 100 Mio. Euro.

Bessere Bezahlung für angehende Lehrkräfte: + 20 Mio. Euro

Die frischen Lehrkräfte, die in ihrem Vorbereitungsdienst die zweite Phase ihrer Ausbildung absolvieren, sind derzeit völlig unterbezahlt. Sie verfügen über einen Hochschulabschluss auf Master-Niveau und werden ähnlich wie Lehrlinge bezahlt. Die Bezahlung von ca. 1.100 Euro brutto muss daher um ein Drittel aufgestockt werden. Wer gute Lehrkräfte haben will und hohe Anforderungen an sie stellt, muss sie auch anständig bezahlen. Das kostet 20 Mio. Euro.

Verbesserung der Lehre und der Infrastruktur an Hochschulen: + 260 Mio. Euro

Der doppelte Abiturjahrgang und die Abschaffung der Wehrpflicht stehen vor der Tür. Und was macht die CDU/FDP-Koalition? Sie friert die Grundmittel der Hochschulen für weitere fünf Jahre ein. Dabei werden sich 2011 allein aus Niedersachsen über zehntausend junge Leute mehr als üblich um einen Studien-

platz bewerben. Die Hochschulen müssen daher dringend besser ausgestattet werden. Neben diesen Einmaleffekten haben zudem die Proteste der Studierenden und die einhergehende große Sympathie von Lehrenden und Fachverbänden gezeigt, dass die Hochschulen einen zu geringen finanziellen Spielraum haben, um gute Lehre und Forschung anbieten zu können.

Die Linksfraktion fordert deshalb insgesamt 260 Mio. Euro mehr für die Hochschulen des Landes, um vorbildliche Lehre zu fördern und kaum oder gar nicht bezahlte Dozenten besser zu entlohnen; um zusätzliche Verwaltungskräfte einzustellen, um die WissenschaftlerInnen zu entlasten und um den Sanierungsstau an den Hochschulen endlich anzugehen. Zusätzlich müssen die Kapazitäten in den Masterstudiengängen ausgeweitet werden, damit alle Bachelorabsolventen einen Platz bekommen können. Die entsprechenden Haushaltsposten müssen dafür um 260 Mio. Euro aufgestockt werden.

Schluss mit den Studiengebühren: + 125 Mio. Euro

Studiengebühren tragen zur sozialen Selektion im Bildungswesen bei und müssen deswegen abgeschafft werden. Während die Studierenden mit reicheren Eltern die Gebühren häufig von diesen bezahlt bekommen, sind es gerade die Ärmeren, die noch mehr jobben und damit ihr Studium vernachlässigen müssen. Die Sozialerhebung des Studentenwerks hat zudem gezeigt, dass die Quote der „Elternwohner“ seit der Einführung der Gebühren fast um ein Drittel gestiegen ist. Wer sich die Gebühren also nicht leisten kann, muss auf Selbstständigkeit verzichten – diese Stallpflicht muss weg. Niedersachsen wird zur Gebühreninsel: Nur noch vier Bundesländer erheben die Campus-Maut für das Erststudium. Hessen und Saarland haben die Gebühren wieder abgeschafft, Nordrhein-Westfalen will 2011 folgen. Die Linksfraktion fordert die Abschaffung sämtlicher Studiengebühren, was allgemeine Studienbeiträge, Langzeitstudiengebühren und den Verwaltungskostenbeitrag einschließt. Die Mehrkosten für das Land liegen bei 125 Mio. Euro.

Stärkung der Studentenwerke: + 3 Mio. Euro

Die Studentenwerke sind die soziale Säule des Studiums und gravierend unterfinanziert. Mit der angestrebten Öffnung der Hochschulen für Interessierte aus der beruflichen Bildung wird der Beratungsbedarf seitens der Studierenden weiter steigen. Zusätzlich kommt nun der doppelte Abiturjahrgang auf die Hochschulen zu, was nicht nur zu einem Anstieg an Erstsemestern führen wird, sondern auch zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt. Dies alles gepaart mit dem hohen Leistungsdruck, unter dem die Studierenden vom ersten Tag an stehen, und mit der nach wie vor schlechten sozialen Lage vieler Studierender, führt DIE LINKE zu der Forderung: Die Mittel für die Studentenwerke müssen um 3 Mio. Euro erhöht werden.

Lebenslanges Lernen fördern –

Kürzungen in der Erwachsenenbildung verhindern: + 12 Mio. Euro

DIE LINKE redet nicht nur vom lebenslangen Lernen, wir wollen es auch fördern. CDU und FDP dagegen kürzen seit Jahren bei der Erwachsenenbildung und beschränken sich auf einige Feigenblattprogramme wie die „Offene Hoch-

schule“. Zusätzliche Mittel gibt es kaum, eher ist das Gegenteil der Fall. Wir wollen Bildungsangebote und Programme zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen ausbauen und Interessierte aus Ausbildung oder Beruf auf ihrem Weg an eine Hochschule unterstützen. Dafür veranschlagen wir zusätzliche 12 Mio. Euro.

Neugründung der Landeszentrale für politische Bildung: + 1,5 Mio. Euro

Niedersachsen hat als einziges Bundesland in Deutschland keine Landeszentrale für politische Bildung – sie wurde zum 1. Januar 2005 von Schwarz-Gelb abgeschafft. Wir fordern die sofortige Wiedereinrichtung dieser Institution. Die Landeszentralen übernehmen wichtige Aufgaben in der Gesellschaft, indem sie zahlreiche Angebote zu aktuellen politischen Fragen und zur jüngeren Geschichte für verschiedene gesellschaftliche Schichten kostengünstig bereitstellen und damit die Demokratie und die Grundrechte festigen. Die Kosten betragen für das erste Jahr 1,5 Mio. Euro.

Stabilisierungsfonds für die Kultureinrichtungen im Land: + 11 Mio. Euro

Die Kultureinrichtungen spüren die Auswirkungen der Krise und der stagnierenden Landeszuweisungen besonders stark. Ein breites Kulturangebot ist aber nicht das optionale Sahnehäubchen zum Dessert, sondern bedeutet viel für die Lebensqualität im Lande. Jeder hier investierte Euro zahlt sich doppelt und dreifach aus. Daher verlangen wir mehr Unterstützung für kulturelle Einrichtungen, um insbesondere pädagogische Angebote auszubauen und mit freiem Eintritt Zugangshürden zu senken.

2. Soziales

Ungewollte Schwangerschaften aus sozialer Not verhindern: + 10 Mio. Euro

Seit Mitte 2009 mehren sich die Warnungen niedersächsischer Schwangerschafts-Konfliktberatungsstellen, dass viele Frauen und Paare aufgrund akuter Geldnot keine Verhütungsmittel nutzen können – viele Frauen werden, weil sie arm sind, ungewollt schwanger. Einzelne Kommunen haben darauf bereits reagiert und übernehmen die Kosten für Verhütungsmittel; den meisten fehlt dafür jedoch das Geld. DIE LINKE fordert deshalb, das Land solle nicht nur wie bislang für Schwangerschaftsabbrüche aufkommen, sondern auch für Pillen und Kondome. Um alle Bedürftigen mit Verhütungsmitteln auszustatten, muss eine Landesförderung von 10 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Leben mit Behinderung in Niedersachsen: + 22 Mio. Euro sowie Erstattung steigender Personal- und Sachkosten an die örtlichen Träger: + 30,5 Mio. Euro

Seit März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland verbindliche Rechtsgrundlage – umgesetzt wird sie jedoch nur zögerlich. Auch in Niedersachsen sind noch zahlreiche Barrieren niederzureißen. DIE LINKE will daher 15 Mio. Euro für den barrierefreien Umbau des aktuellen Wohnraumbestandes und 7 Mio. für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Personennahverkehr in den Haushalt einstellen. Darüber hinaus beantragt die Fraktion, die steigenden Personal- und Sachkosten für die Einrichtungen der Behindertenhilfe mit Landesmitteln auszugleichen, wie die Landesregierung bereits zugesagt aber nicht umgesetzt hatte. Für das Jahr 2011 werden 30,5 Mio. Euro fällig.

Soziales Wohnungsbauprogramm Niedersachsen: + 25 Mio. Euro

Besonders in den Ballungsgebieten Niedersachsens fehlt es an sozialem Wohnraum – kleine Wohnungen für Singles und bezahlbarer Wohnraum für größere Familien sind kaum zu haben. Weil die Bevölkerung immer älter wird und die Zahl der Pflegebedürftigen zunimmt, mangelt es zudem an barrierefreien Wohnungen und an modernen Häusern für generationsübergreifendes Wohnen. DIE LINKE schlägt deshalb ein „Soziales Wohnungsbauprogramm Niedersachsen“ vor, das den Wohnungsbau mit jährlich 25 Mio. Euro fördern soll.

Landesförderung für Sozialtickets für den ÖPNV und die kulturelle Teilhabe: + 36 Mio. Euro 2011, jeweils + 95 Mio. Euro in den Folgejahren

Einzelne Kommunen in Niedersachsen haben bereits Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr eingeführt. DIE LINKE will das sogenannte Brandenburger Modell weiterentwickeln und Sozialtickets auch in Niedersachsen flächendeckend einführen – denn nur wer mobil ist, kann am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Damit Bedürftige auch am kulturellen Leben teilnehmen können, soll der Eintritt in Museen, Theater oder Konzerte ebenfalls über das Sozialticket gefördert werden. Dieses Konzept kostet 36 Mio. Euro im vierten Quartal 2011; ab 2012 fallen dann jedes Jahr ca. 95 Mio. Euro an.

Landesförderung für Fünf-Euro-Wochenendtickets für Rentnerinnen und Rentner: + 18 Mio für 2011, jeweils + 82 Mio. Euro in den Folgejahren

Viele der rund 1,8 Mio. Rentnerinnen und Rentner in Niedersachsen können sich eine Fahrt mit der Bahn nicht oder nur unter großem Verzicht leisten. Die Folge ist, dass viele Pensionäre (und vor allem ältere Frauen) nicht einmal Verwandte in anderen Städten besuchen können – was nichts anderes ist als Ausgrenzung durch Armut. DIE LINKE schlägt deshalb vor, den Preis für ein Wochenendticket für Rentner von 35 auf 5 Euro zu senken. Das Land müsste 18 Mio. Euro im vierten Quartal 2011 und 82 Mio. Euro in jedem Folgejahr ausgeben.

Zusätzliche Investitionen in Krankenhäuser: + 100 Mio. Euro 2011, jeweils + 100 Mio. Euro in den Folgejahren

Die niedersächsischen Krankenhäuser stecken in einem Investitionsstau von mindestens 1 Mrd. Euro fest, doch die Landesregierung will ausgerechnet hier den Rotstift anlegen. DIE LINKE stellt dem Regierungsentwurf eine Sonderausgabe von jährlich 100 Mio. Euro entgegen, um den Stau ab 2011 langsam aufzulösen. Um die hochverschuldeten Kommunen nicht zusätzlich zu belasten, soll die kommunale Beteiligung an diesem Programm auf 10 Prozent begrenzt werden.

Drohenden Ärztemangel abwenden: + 10 Mio. Euro

Wenn das Land nicht gegensteuert, rutscht Niedersachsen in einen eklatanten Ärztemangel – mit gravierenden Folgen für die Gesundheitsversorgung vor allem auf dem Lande. DIE LINKE schlägt deshalb ein Modellprojekt vor, das mit 10 Mio. Euro etatisiert werden soll. Bezahlt werden sollen damit zinsgünstige Kredite und Anschubhilfen für junge Ärztinnen und Ärzte, die sich hier niederlassen wollen. Darüber hinaus sollen in den Kommunen (wieder) Gemeindefranchising eingeführt werden.

3. Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Beschäftigungsförderung für Langzeit- und junge Arbeitslose: + 50 Mio. Euro 2011, jeweils + 50 Mio. Euro in den Folgejahren

Junge Arbeitnehmer sind in Deutschland oft als erste von Stellenstreichungen im Betrieb betroffen. Viele werden nach der Ausbildung nicht übernommen, andere haben befristete Verträge ohne Aussicht auf Verlängerung oder sind gezwungen, als Praktikanten ohne Vergütung zu arbeiten. Gleichzeitig hat Deutschland den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen von allen OECD-Staaten. DIE LINKE will diesem Problem (auch) mit dem Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) begegnen, wie es ihn in Berlin und Brandenburg bereits gibt. Brandenburg will auf diese Weise bis 2014 mindestens 6.500 Vollzeitstellen für Langzeitarbeitslose schaffen. Das Land Niedersachsen soll ab 2011 jährlich 50 Mio. Euro für ein ÖBS-Programm im Haushalt bereitstellen.

Sanierung von Landesstraßen: + 14 Mio. Euro und Bau von Radwegen: + 10 Mio. Euro

Die Landesstraßen in Niedersachsen sind in schlechtem Zustand; besonders Schwerlasttransporte gehen ihnen an die Substanz. Laut Landesregierung sind mittlerweile 90 Prozent des Netzes beschädigt, fast die Hälfte davon weist bereits mittlere und starke Schäden auf. Dennoch kümmern sich die Behörden nicht um ausreichende Reparaturen – weshalb

das Unfallrisiko steigt und der Vermögenswert fällt. Um diesen Trend aufzuhalten, muss das Land deutlich mehr in die Sanierung der Landesstraßen investieren, als es die Regierungspläne bis 2014 vorsehen.

Gleichzeitig gebietet es der Klimaschutz, immer mehr Verkehr von der Straße auf den Radweg zu verlegen – was vielerorts allein schon daran scheitert, dass es keine Radwege gibt. Für Straßensanierung und Radwegebau beantragt DIE LINKE deshalb zusammen 24 Mio. Euro, von denen 10 Mio. für die Radwege ausgegeben werden sollen.

Verhandlungen mit dem Bund über Aufträge für Niedersachsens Werften: + 1 Mio. Euro

Der Bund verfügt über eine Flotte von über 200 nicht-militärischen Schiffen, und ein Großteil davon muss ersetzt oder modernisiert werden. Das Land Niedersachsen sollte sich beim Bund darum bemühen, die entsprechenden Aufträge für hiesige Werften zu sichern. Um die eigene Position mit unabhängigen Analysen zu untermauern, sollen in den kommenden beiden Jahren jeweils 1 Mio. Euro für Gutachterdienste bezahlt werden.

Stärkung der Verbraucherberatung: + 1 Mio. Euro

Seit die CDU/FDP-Regierung im Amt ist, sind die Landeszuschüsse für die Verbraucherberatung von 1,6 Mio. auf nur noch 1 Mio. Euro gekürzt worden. Angesichts des wachsenden Beratungsbedarfs in der Gebäudesanierung, beim Energiemanagement oder bei Finanzdienstleistungen müssen die Zuschüsse jedoch steigen statt sinken. DIE LINKE will den Haushaltsansatz deshalb um 1 Mio. auf insgesamt 2 Mio. Euro erhöhen.

Ausgleich für wegfallende ÖPNV-Gelder des Bundes: 11,4 Mio. Euro Umschichtung

Der Bund hat seit 2006 die sogenannten Regionalisierungsmittel für den ÖPNV gekürzt. Bis 2010 wurden diese Kürzungen durch das Land ausgeglichen. Um den ÖPNV in der Region Hannover und im Zweckverband Braunschweig auch 2011 ohne Abstriche zu erhalten, will DIE LINKE den Ansatz um 11,4 Mio. Euro erhöhen. Da dieses Geld aus einem Topf für beschleunigten Autobahnbau umgeschichtet werden soll, entstehen dem Land keine zusätzlichen Kosten. Über vergleichbare Umschichtungen werden auch weitere Investitionen in den ÖPNV finanziert.

Planungskosten von der Y-Trasse auf alternative Hinterlandanbindung der Häfen umwidmen: +/- 0

Gutachten verschiedener Stellen belegen, dass die geplante Y-Bahntrasse zwischen Hannover und Bremen bzw. Hamburg nicht geeignet ist, den rasch wachsenden Hafen-Hinterlandverkehr zu bewältigen. Alternative Planungen können das Problem wesentlich schneller und deutlich günstiger lösen. Die Planungskosten für die Y-Trasse sollen deshalb für die Planung eines geeigneteren Streckenausbaus umgewidmet werden.

4. Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft

Mit ihren Vorschlägen zur Umwelt-, Klimaschutz- und Landwirtschaftspolitik setzt DIE LINKE auf Prävention statt auf Reaktion. Zugleich sollen Schädiger von Umwelt, Klima und Gewässern stärker zur Kasse gebeten werden: Die Entnahmegebühr für Kühlwasser durch die Industrie soll verdoppelt werden; damit sind schon 2011 **Mehreinnahmen von 22 Mio. Euro** zu erreichen. Außerdem will die Linksfraktion ein Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf einbringen, wonach die Wasserentnahmegebühr auch 2011 weiterhin so verwendet werden soll, wie im Wassergesetz eigentlich vorgesehen. Die Regierung will das Wassergesetz dagegen ändern, um auf Kosten der Gewässer den Landeshaushalt zu entlasten. Weitere 2 Mio. Euro will DIE LINKE erwirtschaften, indem sie nicht nachhaltige Maßnahmen in der Agrarpolitik kürzt.

Programm zur energetischen Sanierung von Landesimmobilien: + 100 Mio. Euro 2011, jeweils + 100 Mio. Euro in den Folgejahren

Das Land Niedersachsen verfügt über Landesimmobilien im Wert von mehreren Milliarden Euro. Ein Großteil entspricht trotz Sonderzahlungen aus den Konjunkturpaketen I und II noch immer nicht den Anforderungen des Klimaschutzes. Alle für eine energetische Sanierung infrage kommenden Immobilien sollen von dem Programm erfasst und nach Sanierungsbedarf eingestuft werden. Als Nebennutzen wird diese Maßnahme zugleich die Nachfrage nach Bauinvestitionen und Ausrüstungen ankurbeln. Das Programm soll im Einzelplan 20 „Hochbau“ mit 100 Mio. Euro pro Jahr etatisiert werden.

Natur und Landschaft schützen und pflegen: + 3,5 Mio. Euro

Die Landesregierung will beim Naturschutz und in der Landschaftspflege kürzen. Niedersachsens Nationalparke wie Harz und Wattenmeer drohen ins Hintertreffen zu geraten; ihre Funktion als Aushängeschild für Naturschutz und Tourismus ist in Gefahr. Um dies zu vermeiden, will DIE LINKE die entsprechenden Haushaltsmittel um 3,5 Mio. Euro erhöhen.

Gewässerschutz verbessern: + 9,5 Mio. Euro

Viele Flüsse Niedersachsens sind in einem schlechten Zustand, die Europäische Wasserrahmenrichtlinie wird vielfach nicht eingehalten. Damit das Land wenigstens beginnen kann, diese Richtlinie umzusetzen, veranschlagt DIE LINKE zusätzliche Mittel von 6 Mio. Euro für den Schutz von Binnengewässern. Für den Schutz der Meere will sie 3,5 Mio. Euro zusätzlich ausgeben.

Küstenschutz erhalten: + 3 Mio. Euro

Kürzungen an der Unterhaltung und Pflege von Deichen und anderen Schutzmaßnahmen lehnt DIE LINKE ab. Die Kürzungen der Landesregierung müssen verhindert, also 3 Mio. Euro mehr in den Haushalt eingestellt werden.

Altlastenfonds aufbauen und Bürger entlasten: + 1,4 Mio. Euro

Wie die Probleme mit verseuchtem Boden auf ehemaligen Industriegrundstücken z.B. in Hannover zeigen, braucht Niedersachsen dringend einen Altlastenfonds, in den Land und Wirtschaft paritätisch einbezahlen. 1,4 Mio. Euro sieht DIE LINKE vor, um mit dem Aufbau eines solchen Fonds zu beginnen.

Ausweitung des Freiwilligen Ökologischen Jahres: + 0,3 Mio. Euro

Das Freiwillige Ökologische Jahr bietet jungen Leuten die Möglichkeit, sich mit Umweltfragen vertraut zu machen und praktischen Umweltschutz zu leisten. Um 50 weitere Plätze anbieten zu können, sollen die Projektträger 260.000 Euro mehr Förderung erhalten.

Landesförderung für ein flächendeckendes Stoffstrommanagement in Kommunen: + 3 Mio. Euro

Beim Stoffstrommanagement werden die Rohstoff- und Abfallströme einer Region systematisch erfasst und so gut wie möglich genutzt. Das Land sollte ein Förderprogramm auflegen, um ein flächendeckendes Stoffstrommanagement in den Kommunen zu ermöglichen. Der Fördersatz soll entsprechend der Haushaltslage der jeweiligen Kommune gestaffelt sein – bei hoher Verschuldung bis zu 100 Prozent. Diese Maßnahme für den Klima- und Ressourcenschutz kostet das Land 3 Mio. Euro.

Landesförderung für die Entwicklung von Speichertechniken für Strom aus Erneuerbaren Energien: + 2 Mio. Euro

Die Speicherung von regenerativen Energien bereitet bislang Probleme. Eine Entwicklung entsprechender Verfahren ist ebenso wichtig wie die Vernetzung der Erzeuger dieser Energien. Daher will DIE LINKE für die Förderung von Kombi-Kraftwerken und von Speichertechnik für regenerative Energie, z.B. für Druckluftspeicher, 2 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt einstellen.

Geothermie voranbringen: + 4 Mio. Euro

Die Geothermie wird in Deutschland eine wesentliche Rolle bei der Grundlastversorgung mit Strom spielen. Niedersachsen steht jedoch immer noch quasi bei Null. 2 Mio. Euro sollen deshalb in die Geothermie-Forschung fließen, 2 weitere Mio. in konkrete Projekte investiert werden.

Schulobst für alle Schulen in Niedersachsen: + 40 Mio. Euro 2011 jeweils + 40 Mio. Euro in den Folgejahren

Die Linke will ein eigenfinanziertes Schulobstprogramm auflegen, das jeder Schülerin und jedem Schüler täglich ein Stück Obst sichert. Das Obst ist vorrangig aus der Region und aus ökologischem Landbau zu beziehen.

Schulmilch für alle Grundschüler: + 20 Mio. Euro 2011 jeweils + 20 Mio. Euro in den Folgejahren

Mit einem Landesschulmilchprogramm an Grundschulen soll die Versorgung aller Kinder mit Milch gesichert werden. Die Milch soll aus Niedersachsen stam-

men; den Milchbauern werden faire Erzeugerpreise garantiert. Von dem Schulmilchprogramm profitieren vor allem Kinder aus ärmeren Familien. Gleichzeitig werden die niedersächsischen Milchbauern unterstützt.

Förderung des ökologischen Landbaus sowie ökologisch und regional erzeugter Produkte: + 3 Mio. Euro

Ökologischer Anbau und regional erzeugte Produkte unterstützen regionale Wirtschaftskreisläufe und den ländlichen Raum. Gleichzeitig schonen sie das Klima und die Umwelt. DIE LINKE will deshalb den ökologischen Landbau mit 2 Mio. Euro und ökologisch und regional erzeugte Produkte mit 1 Mio. Euro fördern.

Forschung für artgerechte und umwelt- und sozialverträgliche Tierhaltung: + 1 Mio. Euro

Die Massentierhaltung in Niedersachsen schädigt die Umwelt und schadet Tieren und Menschen. Um alternative Haltungsmethoden voranzutreiben, braucht es jedoch mehr Forschung. DIE LINKE will dazu einen Titel mit 300.000 Euro im Haushaltsentwurf umwidmen und 700.000 Euro zusätzliche Mittel bereitstellen.

Mehr Lebensmittelsicherheit und besserer Verbraucherschutz: + 1 Mio. Euro

Umweltgifte und Profitlogik beeinträchtigen unsere Nahrung; die Kunden sind nach zahlreichen Skandalen verunsichert, welche Lebensmittel sicher sind. DIE LINKE will deswegen die Lebensmittelüberwachung in Niedersachsen ausbauen. Das dafür benötigte Personal und die Kosten zusätzlicher Kontrollen schlagen mit 1 Mio. Euro zu Buche.

5. Inneres, Datenschutz und Justiz

Höhere Erschwerniszulage für die Polizei und 500 Stellenhebungen nach A 10: + 12,8 Mio. Euro

Dieser Antrag erfüllt Forderungen der Gewerkschaft der Polizei: Die Stellenhebungen wie auch die Erhöhung der Erschwerniszulage auf fünf Euro pro Stunde fördern die Motivation der Polizeibeamtinnen und -beamten und erhöhen die Attraktivität des Polizeiberufs. Die Kosten dafür liegen bei knapp 13 Mio. Euro.

Neonazis bekämpfen, Migranten integrieren, Flüchtlinge ansiedeln: + 6,7 Mio. Euro

Die Haushaltsansätze für die Bekämpfung von Neonazismus und Rassismus, für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten und für die Förderung von Demokratie und Toleranz sollen nach Willen der Linksfraktion um 1,7 Mio. Euro erhöht werden. Für ein Programm zur Ansiedlung von ausländischen Flüchtlingen in Niedersachsen sollen zusätzlich 5 Mio. Euro etatisiert werden.

Kosten für Castor-Transporte streichen: – 16 Mio. Euro

DIE LINKE lehnt Castor-Transporte nach Gorleben aus politischen Gründen ab. Wenn die Transporte ausfallen, hat dies allerdings auch auf den Haushalt einen praktischen Nutzen: Mit der Absage des Polizeieinsatzes ließen sich allein 2011 16 Mio. Euro sparen.

Zehn zusätzliche Stellen für den Datenschutz: + 0,6 Mio. Euro

Der Datenschutz wurde von der Landesregierung bislang stiefmütterlich behandelt – die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, den Anforderungen des Internetzeitalters gerecht zu werden. Dabei soll der Landesbeauftragte für den Datenschutz nach dem Willen des Europäischen Gerichtshofes deutlich gestärkt und von der Landesregierung unabhängig werden. DIE LINKE will deshalb mehr Personal für den Datenschutz einstellen und beantragt dafür 600.000 Euro.

Kein Neubau der JVA Bremervörde: – 294 Mio. Euro (Haushalt 2012 und folgende)

Die Landesregierung hält an dem ÖPP-Projekt Justizvollzugsanstalt Bremer-vörde unvermindert fest – dabei belegen Untersuchungen aus anderen Bundesländern, dass solche Projekte inhaltlich überflüssig und zu teuer sind. Wird die JVA nicht gebaut, spart das Land in den kommenden Jahren insgesamt 294 Mio. Euro.

Zehn neue Richterstellen bei den Sozialgerichten mit 360 Stellenhebungen von A 5 nach A 6, mehr Geld für Rechtsreferendare: + 4,95 Mio. Euro

Die Sozialgerichte sind überlastet; die Linksfraktion fordert deshalb mehr Richter- und die zugehörigen Verwaltungsstellen. Verbesserungswürdig sind auch die Situation von Justizangestellten in den unteren Gehaltsstufen und die Unterhaltsbeihilfen der Referendarinnen und Referendaren. Für die zusätzlichen Stellen und die gerechtere Bezahlung der erwähnten Berufsgruppen sind knapp 5 Mio. Euro zu veranschlagen.

Sanierung von Sportplätzen und Turnhallen: + 2,5 Mio. Euro

Der Sanierungsbedarf bei Sportanlagen in Niedersachsen ist nach wie vor hoch. Für 2011 ist deshalb eine Förderung in Höhe von 2,5 Mio. Euro geboten.

6. Haushalte von Städten, Gemeinden und Landkreisen

Höhere Zuweisungen des Landes Niedersachsen an Städte, Gemeinden und Landkreise (kommunaler Finanzausgleich): + 350 Mio. Euro.

Zugleich ist die Grundstruktur des kommunalen Finanzausgleichs so zu korrigieren, dass eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen und ein finanzieller Ausgleich zwischen den Kommunen möglich werden.

Die prekäre Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht von den Kommunen selbst verschuldet. Die kommunale Haushaltskrise und ihre Folgen, nämlich die Kürzungen bei Personal, Investitionen und freiwilligen Leistungen, werden viel eher von kommunalfeindlichen Bundes- und Landesgesetzen verursacht – was sich derzeit etwa daran erkennen lässt, dass die schwarzgelbe Landesregierung den kommunalen Finanzausgleich gegenüber 2009 um über eine halbe Milliarde Euro gekürzt hat. Die aktuelle Konjunkturbelebungs sorgt zwar auch bei den Kommunen für höhere Steuereinnahmen, an der Lage der Kommunalfinanzen insgesamt ändert das aber kaum etwas. Um Städte und Gemeinden handlungsfähig zu erhalten, will DIE LINKE den kommunalen Finanzausgleich gegenüber dem Regierungsentwurf um 350 Mio. Euro aufstocken.

7. Vermögensveräußerungen

Vermögensveräußerungen des Landes reduzieren und auf realistische Grundlagen stellen: 550 Mio. Euro weniger Einnahmen

Der Haushaltsentwurf sieht vor, große Teile des Niedersächsischen Staatsforstes an Privatleute zu verkaufen – eine Privatisierung, die von der Linksfraktion abgelehnt wird. Wenn man den Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ernst nimmt, müssen außerdem die unter “Vermögensveräußerungen“ etatisierten Luftbuchungen bereinigt werden. 2010 sollte das Land 280 Mio. Euro aus Veräußerungen erwirtschaften – bis Ende September waren davon jedoch nicht einmal 250.000 Euro realisiert. Auch 2009 blieben die tatsächlichen Erlöse mit nicht einmal 10 Mio. Euro weiter hinter dem Haushaltsansatz zurück. DIE LINKE will deshalb nur 30 Mio. Euro als Einnahmen aus Veräußerungen im Etat für 2011 belassen – eine Summe, die sich aus Verkäufen von Landesvermögen an die Kommunen ergeben könnte.

8. Finanzämter

100 neue Stellen in den Finanzämtern: + 6 Mio. Euro und eine höhere Einstellungsquote für Steueranwärterinnen und -anwärter: + 4,2 Mio. Euro

In Niedersachsens Finanzämtern sind längst nicht alle Stellen besetzt, die laut Personalbedarfsberechnung des Finanzministeriums nötig wären: Der Bedarf liegt bei knapp 11.000, der Bestand bei nicht einmal 10.300 Vollzeitstellen. Fast 700 Vollzeitkräfte fehlen vor allem in der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung. In den kommenden Jahren wird darüber hinaus ein bedeutender Teil der Beschäftigten pensioniert; die in den letzten Jahren eingestellten Nachwuchskräfte reicht bei weitem nicht aus, diesen Personalverlust auszugleichen. Eine vollständige Steuererhebung und Steuergerechtigkeit scheinen nicht mehr gewährleistet. Mit der vorgeschlagenen Schaffung von 100 zusätzlichen Stellen und einer höheren Einstellungsquote für den Berufsnachwuchs will DIE LINKE den Trend umkehren und den Steuervollzug in Niedersachsen verbessern.

Insgesamt 2.208 Stellenhebungen im mittleren bzw. gehobenen Dienst der Finanzämter gemäß Vorschlägen der Steuergewerkschaft: + 12,7 Mio. Euro

Die Kürzungen der Landesregierung in den vergangenen Jahren haben in der Steuerverwaltung zu einem massiven Beförderungsstau geführt. Das beeinträchtigt die Motivation der Mitarbeiter und schadet dem Steuervollzug. DIE LINKE will knapp 13 Mio. etatisieren, um den Beförderungsstau aufzulösen.

9. Weihnachtsgeld

Wiedereinführung des Weihnachtsgelds für Niedersachsens Beamte: 186 Mio. Euro

127.000 Landesbeamte und rund 74.000 Versorgungsempfänger waren lange genug die „Sparschweine der Landesregierung“. DIE LINKE will das gestrichene Weihnachtsgeld wieder einführen – die Beamtinnen und Beamten sollen zunächst 1.000 Euro pro Person erhalten; die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger 800 Euro. Für den Landeshaushalt bedeutet das eine Mehrausgabe von 186 Mio. Euro.

Zur Finanzierung des Landeshaushaltes 2011

Die Vorschläge und Alternativen der Linksfraktion zum Haushaltsentwurf der Regierung erhöhen die geplanten Ausgaben um rund 1,95 Mrd. Euro. In diesem Betrag sind bereits etwa 25 Änderungsanträge enthalten, die gegenüber dem

Regierungsentwurf Kürzungen vorschlagen. Sie betreffen vor allem Kosten für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit in der Staatskanzlei und in den Landesministerien.

Der Regierungsentwurf 2011 sieht eine Neuverschuldung in Höhe 1,95 Mrd. Euro vor. Mit den jetzt in Änderungsanträgen aufgeführten Schwerpunkten der Linksfraktion würde sich die Neuverschuldung um ebenfalls 1,95 Mrd. Euro auf dann 3,9 Mrd. Euro erhöhen. Noch einmal würde sich die Neuverschuldung erhöhen, wenn die Einnahmeposition „Vermögensveräußerungen“ auf Antrag der LINKEN um 550 Mio. Euro gekürzt würde. Insgesamt ergäbe sich eine Neuverschuldung in Höhe von 4,45 Mrd. Euro.

Diese 4,45 Mrd. Euro werden durch die Vorschläge der Linksfraktion zu den Einnahmen allerdings vollständig gegenfinanziert! Würden die Haushaltsanträge der LINKEN allesamt umgesetzt, müsste Niedersachsen keine neuen Schulden aufzunehmen und könnte sogar 100 Mio. Euro Alt-schulden tilgen.

Für die Einnahmeseite des Landeshaushaltes schlägt DIE LINKE folgendes vor:

Erstens: Erfolgreiche Bundesratsinitiativen zur Änderung des Steuerrechts würden dem Landeshaushalt Mehreinnahmen von 3,6 Mrd. Euro ermöglichen:

- **die Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer ergibt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro.**
- **die Umwandlung der Erbschaftsteuer in eine Großerbensteuer erbringt zusätzliche Einnahmen von 0,7 Milliarden Euro.**
- **die Körperschaftssteuer von derzeit 15 Prozent wieder auf die ursprünglichen 25 Prozent zu erhöhen, ergibt ebenfalls zusätzliche Einnahmen von 0,7 Milliarden Euro.**
- **eine Börsenumsatzsteuer nach dem Vorbild der britischen Stempelsteuer erbringt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro.** Das Aufkommen würde anteilig nach dem Schlüssel der Umsatzsteuer auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden.

Zweitens lassen die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für Niedersachsen vom November 2010 für das Jahr 2011 **Steuerermehreinnahmen in Höhe von 645 Mio. Euro** erwarten. Dieses Geld ist nicht Bestandteil des Regierungsentwurfes und wird daher im Haushalt 2011 verankert.

Drittens können bei Verwirklichung der im Einzelplan 04 „Finanzministerium“ beantragten Maßnahmen für die personelle **Stärkung der Finanzämter**, insbesondere in den Bereichen Betriebsprüfungen und Steuerfahndung, sowie für die höhere Motivation der Beschäftigten in der Steuerverwaltung **Mehreinnahmen in Höhe von 300 Mio. Euro** erzielt werden.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE
im Niedersächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30 159 Hannover

Kontakt:

Tel.: 05 11 / 30 30 44 02 · Fax: 05 11 / 30 30 48 80
info@linksfraktion-niedersachsen.de
www.linksfraktion-niedersachsen.de
Titelfoto: Katharina Lindner